

Beschlussempfehlung und Bericht **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katrin Kunert, Sabine Leidig,
Dr. Kirsten Tackmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/12376 –**

Eine ausreichende Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs gewährleisten

A. Problem

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist für die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht von größter Bedeutung. Die Gewährleistung eines ausreichenden Angebotes auch im öffentlichen Personennahverkehr ist deshalb Bestandteil der Daseinsvorsorge und im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Aus Sicht der antragstellenden Fraktion ist die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland jedoch chronisch unterfinanziert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12376 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Bartholomäus Kalb
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Bartholomäus Kalb, Otto Fricke, Carsten Schneider (Erfurt), Dr. Gesine Lötzsch und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 222. Sitzung am 21. Februar 2013 den Antrag auf **Drucksache 17/12376** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, insbesondere einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Mittel nach dem Entflechtungsgesetz und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bedarfsgerecht auf 1,96 Mrd. Euro pro Jahr erhöht werden, sich gegenüber den Ländern dafür einzusetzen, dass diese die gewährten Entflechtungsmittel entsprechend den Regelungen in den Ländern Brandenburg und Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014 hinaus mit einer Zweckbindung für die kommunale Verkehrsinfrastruktur versehen und diese Mittel auch für Investitionen in den Erhalt verwendet werden können, einen Gesetzentwurf für eine Neuregelung des Regionalisierungsgesetzes vorzulegen, der ausgehend vom Niveau des Jahres 2014 eine jährliche Dynamisierung der zu gewährenden Mittel ab dem Jahr 2015 entsprechend der Preissteigerung der Trassen- und Stationspreise im jeweils vorangegangenen Jahr vorsieht, wenn diese mit mehr als 1,5 Prozent pro Jahr gestiegen sind, andernfalls beträgt der Wert 1,5 Prozent sowie dafür Sorge zu tragen, dass die Deutsche Bahn AG wieder Fernverkehr in dem Umfang leistet, wie dies bis zum Jahr 2001 erfolgte, und dass damit die bisherigen Regionalisierungsmittel bzw. die geforderte Erhöhung derselben in vollem Umfang dem Nahverkehr entsprechend seiner klassischen Definition zugutekommen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/12376 in seiner 111. Sitzung am

12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/12376 in seiner 144. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/12376 in seiner 106. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/12376 in seiner 125. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend behandelt. Die Fraktionen im Ausschuss hatten sich darauf verständigt, auf eine weitergehende Aussprache zu verzichten.

Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/12376 abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Berlin, den 12. Juni 2013

Bartholomäus Kalb
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

